

L1NEU4 Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 22.05.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge
Status: Modifiziert

Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in
2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen
3 die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit
4 weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der
5 Politik. Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und
6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts, Energie- und
7 Wirtschaftspolitik.

8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle
9 wünschen würden. Die Expert*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im
10 Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür
11 gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge
12 rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu
13 beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund
14 rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns
15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum
16 merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten
17 unwiederbringlich zu zerstören.

18
19 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck
20 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits
21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat
22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des
23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die
24 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und
25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-
26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede
27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb
28 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von
29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen
30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran
31 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus
32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir
33 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten
34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für
35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine
36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf
37 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die
38 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem

39 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise
40 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den
41 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell
42 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

43

44 **Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale**

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen die Partei, die aus der Umwelt- und
46 Friedensbewegung der DDR und aus den Bürgerbewegungen der friedlichen Revolution
47 entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik im Zentrum, die
48 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat. Die Entscheidung nun in
49 eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns vor schwierige
50 Abwägungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der Ukraine mehrheitlich zu
51 dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von uns eine Zumutung dar.
52 Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als Blaupause verstehen, um eine
53 Abkehr von unserer bisherigen Friedenspolitik einzuleiten. Vielmehr wird gerade
54 jetzt klar, wie wichtig eine wertegeleitete, weitsichtige, nicht nur an Handels-
55 und Territorialinteressen orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen welch
56 wichtigen Anteil für Friedensprozesse der Pazifismus in seinen verschiedenen
57 Erscheinungsformen spielt. Deutlich wird auch, dass die Vernachlässigung von
58 kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse
59 keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir dazu der Ukraine all das zu
60 liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu verteidigen. Da die Situation
61 ist im Gegensatz zu den meisten Konflikten klar und eindeutig: die militärische
62 Großmacht Russland überfällt, getrieben von einer imperialistischen
63 nationalistischen Ideologie völkerrechtswidrig einen kleineren Nachbarn mit dem
64 erklärten Ziel, dessen Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner,
65 demokratischer Staat nimmt lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein
66 Ausbleiben der Unterstützung würde global einen gefährlichen Präzedenzfall
67 schaffen, der völkerrechtliche Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als
68 Vorbild dienen kann, in ein anderes schwächeres Land einzumarschieren. Für die
69 Sicherheitslage in Europa wäre überdies ein russischer Sieg in diesem Krieg
70 fatal.

71

72 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer
73 Aufrüstungsspirale, kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen
74 kritisch gegenüber. Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr, die in der
75 Lage sein muss ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen,
76 in einem miserablen Zustand ist. Die Vergangenheit zeigt allerdings, dass
77 pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die Finanzierung der Bundeswehr ist in
78 den letzten Jahren schon massiv gestiegen. Deutschland gibt bereits jetzt im
79 internationalen und europäischen Vergleich enorme Summen für Rüstung aus. Eine
80 deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der Ausstattung und der
81 Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher sichergestellt werden,
82 dass weder das Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in komplizierten
83 Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert. Daher müssen
84 zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert werden. Für
85 die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten mit den europäischen
86 Partnern gut abgestimmten Plan, um die notwendige Ausrüstung klug anzugehen.
87 Außerdem muss dringend mehr Geld in Katastrophenschutz und Cybersicherheit
88 geben. Sie sind bei der notwendigen Ausgestaltung der Landesverteidigung
89 essenziell.

90 **Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben**

91

92 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht
93 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,
94 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der
95 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

96

97 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft, aber auch die
98 Flexibilität der Behörden nicht allen Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.
99 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom
100 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein
101 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten
102 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer
103 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung
104 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu
105 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche
106 Unterstützung. Das Ziel muss sein, die Größzügigkeit im behördlichen Umgang mit
107 den Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle,
108 dezentrale Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und
109 Integrationsangeboten von Anfang an für alle zu ermöglichen.

110

111 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind
112 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde
113 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015
114 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend
115 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als
116 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei
117 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,
118 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften
119 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die
120 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die
121 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und
122 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches
123 Engagement kann jedoch funktionierende staatliche Strukturen nicht dauerhaft
124 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit
125 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst
126 professionelle Strukturen zu überführen. Kommunen müssen sich vor dem
127 Hintergrund der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen
128 von Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für
129 große Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale
130 Integrationskonzepte, eine Personalreserve in den Verwaltungen und kurzfristig
131 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator*innen.

132

133 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns
134 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die
135 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder
136 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die
137 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung
138 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der
139 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit
140 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene
141 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der

142 aktuellen Situation über einen Nachtragshaushalt oder ein Sondervermögen von der
143 globalen Minderausgabe befreit werden. Durch ein Integrationsfördergesetz wollen
144 wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

145
146 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur Integration
147 schnell in die Kindergärten und Schulen aufgenommen werden. Das stellt die
148 Kommunen vor besondere Herausforderungen, die vielerorts schon volle Schulen und
149 Kindergärten haben. Es braucht dazu eine Ausweitung der Rahmenkapazitäten der
150 Kindergärten und zusätzliches Personal. Die Sprachförderung in "Deutsch als
151 Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung müssen ausgebaut werden.
152 Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren den Einsatz
153 ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte einfacher zu ermöglichen. Den
154 ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem die Gelegenheit gegeben werden,
155 ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht teilzunehmen.

156
157 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres
158 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser
159 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen
160 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium
161 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen
162 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen
163 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden, damit
164 schutzsuchende Menschen würdevoll in unserem Land ankommen können.

165 **Energiewende bedeutet Energiesicherheit**

166
167
168 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine
169 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
170 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
171 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
172 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
173 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine
174 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen
175 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur
176 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,
177 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,
178 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

179
180 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in
181 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die
182 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II
183 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen
184 Gefahr entschieden abgelehnt.

185 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie
186 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor
187 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,
188 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die
189 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und
190 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglichweise Putins Krieg. Die
191 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des
192 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

193 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen
194 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den
195 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der
196 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der
197 Bürger*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle
198 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.
199 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel
200 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

201 Der Bund legt jetzt den Hebel um, so dass wir auch in Thüringen bessere
202 Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren haben.

203
204 Das Osterpaket verankert den Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien
205 im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit
206 dient, und macht es für Bürgerenergiegemeinschaften einfacher und
207 unbürokratischer, Wind- und Solaranlagen zu bauen und profitabel zu
208 bewirtschaften (Akzeptanz). Außerdem weitet es die finanzielle Beteiligung von
209 Kommunen so aus, dass Windenergie- und Solaranlagen den Gemeindekassen
210 nachhaltige Erträge bringen.

211 Hemmnisse für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom werden abgebaut. Mieterstrom
212 wird begünstigt, die Einspeisevergütung wieder attraktiver und die Industrie bei
213 der Transformation hin zur Klimaneutralität massiv unterstützt.

214
215 Unternehmen wie die Glasindustrie in Südthüringen drängen zu Recht auf den
216 schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie wollen die Weichen besser heute
217 als morgen auf Klimaneutralität stellen. Allein bei der Südthüringer
218 Glasindustrie sind 7.000 Menschen beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze hängen davon
219 ab, ob es uns gelingt, die notwendige Transformation voranzubringen. Der Ausbau
220 der Erneuerbaren schafft Arbeitsplätze und bringt Wertschöpfung in die Regionen.
221 Erneuerbare Energien sind längst ein Standortvorteil. Genauso kommt es auf
222 Energieeffizienz und intelligente Energienutzung an. Beispielsweise könnte das
223 Stahlwerk Unterwellenborn künftig Abwärme für tausende Haushalte bereitstellen.

224
225 Weg vom Erdgas

226
227 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu
228 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon
229 derzeit immer noch 40 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der
230 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame
231 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen
232 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,
233 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von
234 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,
235 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis
236 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der
237 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue
238 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

239
240 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist,
241 dennoch aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell
242 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf
243 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.

244 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
245 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

246

247

248 *Weg vom Öl*

249

250 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die
251 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%
252 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.
253 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige
254 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der
255 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock
256 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein
257 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf
258 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand
259 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum
260 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket
261 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der
262 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege
263 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und
264 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für
265 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger
266 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten
267 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch
268 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der
269 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von
270 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial
271 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche
272 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im
273 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung
274 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen
275 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen
276 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende
277 Erweiterung des Landesförderprogramms WärmelInvest. All diese Maßnahmen müssen
278 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

279

280 *Hin zu Erneuerbaren Energien*

281

282 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen
283 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien
284 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

285

286 *- Windkraft -*

287

288 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die
289 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und
290 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und
291 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse
292 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,
293 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen
294 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist
295 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

296 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige
297 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an
298 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.
299 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht
300 länger leisten. Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebiete für
301 Windenergie auf 2% der Flächen in ganz Thüringen, analog zur neuen Zielsetzung
302 auf Bundesebene und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu
303 Windenergieanlagen. Die neuen Regelungen, die mit dem Sommerpaket im
304 Planungsrecht bei Windenergieanlagen kommen werden, müssen möglichst schnell in
305 die Praxis der Regionalpläne umgesetzt werden.

306 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei
307 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an
308 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir
309 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem
310 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der
311 Bürger*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die
312 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

313
314 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das
315 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch
316 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau
317 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und
318 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen
319 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist
320 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den
321 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

322
323 - Photovoltaik -

324
325 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für
326 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln
327 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen
328 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen
329 vorangehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächer zu
330 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem
331 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Phantasie können so aus Gegenspieler*innen
332 Partner*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie
333 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche
334 sollen vermehrt genutzt werden.

335
336 - Wärmewende ist dezentral -

337
338 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit
339 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,
340 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle
341 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker
342 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu
343 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.
344 Wir wollen darüber hinaus das Förderprogramm WärmeInvest weiterentwickeln, um
345 auch den Umbau der Wärmeversorgung von Gebäuden auf Wärmepumpen oder Geothermie
346 zu fördern.